

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM  
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

1010 Wien, den 25. Juni 1987  
Stubenring 1  
Telefon (0222) 75 00  
Telex 111145 oder 111780  
P.S.K. Kto.Nr. 5070.004  
Auskunft  
Mag. Reinhard Kaufmann  
Klappe 6275 Durchwahl

Zl. 31.400/80-V/3/1987  
An das  
Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
1010 W i e n  
-----

<b>Gesetzentwurf</b>	
Zl.	39-GE/1987
Datum	6.7.1987
Verteilt	10.7.1987 Rön

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Arbeits- und Sozial-  
gerichts-Anpassungsgesetz (ASGANpG)  
geändert wird

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beehrt sich,  
in der Anlage 25 Exemplare des Entwurfs eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Arbeits- und Sozialgerichts-Anpassungsgesetz  
(ASGANpG) geändert wird, zur gefälligen Kenntnissnahme zu  
übermitteln. Als Frist für die Abgabe der Stellungnahme wurde  
der 4. September 1987 gesetzt.

Anlagen

Für den Bundesminister:  
K l e i n

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

## E n t w u r f

Bundesgesetz vom ....., mit dem das  
Arbeits- und Sozialgerichts-Anpassungsgesetz - ASGANpG ge-  
ändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

### A r t i k e l I

Das Bundesgesetz vom 1. Oktober 1986, mit dem das Arbeitsver-  
fassungsgesetz, das Mutterschutzgesetz 1979, das Arbeitsplatz-  
Sicherungsgesetz, das Heimarbeitsgesetz 1960, das Hausgehilfen-  
und Hausangestelltengesetz, das Einführungsgesetz zu den Ver-  
waltungsverfahrensgesetzen und das Berufsausbildungsgesetz ge-  
ändert wurden (Arbeits- und Sozialgerichts-Anpassungsgesetz -  
ASGANpG), BGBl.Nr. 563, wird wie folgt geändert:

Artikel IX entfällt.

### A r t i k e l II

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister  
für Arbeit und Soziales betraut.

./.

## E r l ä u t e r u n g e n

Mit dem Arbeits- und Sozialgerichts-Anpassungsgesetz wurden das Arbeitsverfassungsgesetz, das Mutterschutzgesetz 1979, das Arbeitsplatz-Sicherungsgesetz, das Heimarbeitsgesetz 1960, das Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz, das Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen und das Berufsausbildungsgesetz der durch das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz geschaffenen neuen Rechtslage in verfahrensrechtlicher Hinsicht angepaßt.

Es sieht vor allem im Hinblick auf die Einbeziehung der rechtssprechenden Tätigkeit der Einigungsämter in die Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit deren Auflassung unter Einräumung einer Übergangsfrist bis 31. Dezember 1987 und Übertragung der Restkompetenz auf das Bundeseinigungsamt vor.

Artikel IX des Arbeits- und Sozialgerichts-Anpassungsgesetzes bestimmt, daß dieses Gesetz mit 31. Dezember 1987 außer Kraft tritt. Gründe für diese Befristung liegen aus heutiger Sicht nicht vor, zumal sich die Bestimmungen des Arbeits- und Sozialgerichts-Anpassungsgesetzes in der betriebsverfassungsrechtlichen Rechtsprechung bisher bewährt haben. Außerdem würde ein ersatzloses Auslaufen des Arbeits- und Sozialgerichts-Anpassungsgesetzes unabsehbare negative Auswirkungen auf die Anwendbarkeit der durch dieses Gesetz abgeänderten Gesetze mit sich bringen. Daher ist es notwendig, diese Befristung aufzuheben.